

## Niederschrift

### zur 6. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree (Wahlzeit 2014/2019)

Sitzungsdatum	Sitzungsdauer	Sitzungsort
Donnerstag, den 11.12.2014	18.30-21.30 Uhr	Festsaal des Alten Rathauses

#### Anwesenheit

##### Vorsitz

Jürgen Teichmann ,

##### Fraktion DIE LINKE.

Monika Fiedler , Martin Gollmer , Käthe Radom , Gerold Sachse , Janett Seiler , Stephan Wende ,

##### CDU-Fraktion

Rolf Hilke , Jens Hoffrichter , Uwe Koch , Karin Lehmann , Wolfgang Petenati ,

##### Bündnis Fürstenwalder Zukunft (BFZ)

Christian Dippe bis 19.20 Uhr, Thomas Fischer , Kai Hamacher , Christina Krüger , Anja Miethke , Matthias Rudolph ,

##### SPD-Fraktion

Katja Dost , Klaus Hemmerling , Jürgen Luban , Stefan Sarrach , Elke Wagner ,

##### FDP-Fraktion

Eberhard Henkel , Lutz König bis 19.35 Uhr,

##### Alternative für Deutschland (AfD)

Ulrich Anke , Lars Aulich ,

##### Bündnis 90/Die Grünen

Peter-Frank Apitz , Jens-Olaf Zänker ,

##### Bürgermeister

Hans-Ulrich Hengst ,

##### Verwaltung

Jacqueline Goldboom , Franka Koch , Jürgen Roch , Anne-Gret Trilling , Christfried Tschepe ,

##### Gäste

15 interessierte Gäste

##### Abwesend

##### Fraktion DIE LINKE.

Rene Benz entschuldigt,

##### SPD-Fraktion

Sebastian Rausch entschuldigt,

## **FDP-Fraktion**

Reinhard Ksink entschuldigt,

## **Verwaltung**

Dr. Eckhard Fehse entschuldigt,

### **TOP 1 Eröffnung der Sitzung**

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden recht herzlich und eröffnet die 6. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung.

### **TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Anwesenheit**

Der Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Anwesenheit fest. Es sind 29 Stadtverordnete und der Bürgermeister anwesend.

### **TOP 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung wird einschließlich der Ergänzung um die DS-Nr. 6/073 – Antrag der Fraktion DIE LINKE. „Schulsozialarbeit an Grundschulen ab 2015/2016“ und des Beschlusses zur Vergabe des Preises für soziales Engagement 2014 sowie die Absetzung der DS-Nr. 6/067 Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes in die MEG zur Abstimmung gebracht.

Die Abg. Fiedler spricht den zweigeteilten Beschluss zum Antrag der BFZ-Fraktion zum Thema kostenfreies Schulschwimmen an. Da dieser nicht wie gefasst umsetzbar ist, plädiert sie dafür, ihn in der heutigen Sitzung anzupassen und neu zu fassen.

Der Abg. Hoffrichter beantragt, die TOP 8.3 bis TOP 8.6 (Beschluss über die Einrichtung, Zuständigkeit und Größe der Fachausschüsse, Beschluss über die GeschO und die Beteiligungssatzung) von der Tagesordnung zu nehmen, da insbesondere im Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen noch Beratungsbedarf besteht.

Der Abg. Wende kritisiert, dass der Antrag zum LKW-Verkehr im Fachausschuss ausführlich thematisiert wurde, jedoch nicht Bestandteil der heutigen Sitzung ist. Außerdem sieht er den Antrag der Fraktion DIE LINKE zum Thema Schulsozialarbeit nicht ausreichend berücksichtigt, indem eine entsprechende Beratungsdrucksache von der Verwaltung vorgelegt wurde.

Der Abg. Sarrach spricht im Rahmen der Geschäftsordnung (GeschO) gegen den Antrag des Abg. Hoffrichter und meint, lediglich die Anträge zur GeschO und zur Beteiligungssatzung sollten zurückgestellt werden, bis die neue Hauptsatzung veröffentlicht wurde.

Der Abg. Dippe spricht sich dafür aus, die Tagesordnungspunkte zu behandeln. Da es sich um interfraktionelle Anträge handelt, sollte keine weitere Zeit verloren werden.

Anschließend wird über die Tagesordnung abgestimmt. **Einstimmig** erfolgt die Aufnahme der DS-Nr. 6/073 (TOP 8.2.) der Vergabebeschluss zum Preis für soziales Engagement (TOP 8.3.) und die Neufassung des Beschlusses zum kostenfreien Schulschwimmen (TOP 8.4.) sowie die Absetzung der DS-Nr. 6/067.

Der Antrag des Abg. Hoffrichter wird wie folgt abgestimmt:

Absetzung des TOP 8.3 Interfraktioneller Antrag der Arbeitsgruppe zur Überarbeitung der Hauptsatzung und der Geschäftsordnung, hier: Beschluss über die Einrichtung, die Zuständigkeit und die Größe der Fachausschüsse gem. § 13 der Hauptsatzung der Stadt Fürstenwalde/Spree

**Zustimmung: 15 Dafür 14 Nein 1 Enthaltung**

Damit ist der TOP 8.3. abgesetzt.

Absetzung des TOP 8.4 Benennung der Mitglieder in den Fachausschüssen durch die Fraktionen

**Zustimmung: 13 Dafür 16 Nein**

Damit bleibt dieser TOP Bestandteil der Tagesordnung.

Absetzung des TOP 8.5 Interfraktioneller Antrag der AG zur Überarbeitung der Hauptsatzung und der GeschO, hier: Beschluss über die GeschO für die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Fürstenwalde/Spree

**Zustimmung: 17 Dafür 11 Nein**

Damit ist dieser TOP abgesetzt.

Absetzung des TOP 8.6. Interfraktioneller Antrag der AG zur Überarbeitung der Hauptsatzung und der GeschO, hier: Beschluss einer Satzung über die Einzelheiten der förmlichen Bürgerbeteiligung (Beteiligungssatzung) der Stadt Fürstenwalde/Spree

**Zustimmung: 23 Dafür 7 Nein**

Über die nunmehr geänderte Tagesordnung wird wie folgt abgestimmt:

**Zustimmung Ja 23 Nein 7 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 4 Bestätigung der Niederschrift vom 6.11.2014**

**Zustimmung Ja 26 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0**

**TOP 5 Informationen des Vorsitzenden**

Es liegen keine Informationen des Vorsitzenden vor.

**TOP 6 Informationen des Bürgermeisters**

Der Bürgermeister erinnert an folgende Anlässe und Termine:

- 08.11.2014 gute Resonanz auf den Tag der offenen Tür an den Fürstenwalder Grundschulen  
Eröffnung der Sonnengrundschule als Inklusionsschule
- 16.11.2014 Höhepunkt in der Fürstenwalder Veranstaltungsreihe „Geschichte, Gedichte,  
Gesang“ – eine Aufführung des Fürstenwalder Kammerchores im St. Marien-Dom
- 25.11.2014 Auftaktveranstaltung zum Anti-Gewalttag unter dem Motto „NEIN zu Gewalt an Frauen“ mit der Aktion „Gewalt kommt nicht in die Tüte“

- In diesem Zusammenhang die Information, dass es eine neue Leiterin des Frauenhauses gibt.
- Eröffnung des Brauereimuseums im Rathauskeller
  - 29.11.2014 Weihnachtsmarkt in Trebus – Dank an alle Verantwortlichen für die gelungene Veranstaltung
  - 12-14.12. Fürstenwalder Weihnachtsmarkt rund um den St. Marien-Dom und dem Fürstenwalder Winterzauber, bei dem die Händler der Stadt einen verkaufsoffenen Sonntag anbieten
  - 17.12.2014 Richtfest für den Hortneubau am Heuweg (14.30 Uhr)
  - 19.12.2014 Freigabe der Autobahnabfahrt West
  - 09.01.2015 Neujahrsempfang der Stadt
  - 28.01.2015 8. Ausbildungsbörse in Fürstenwalde – fast 100 Firmen beteiligen sich
  - Dank an die Firma Luban, die seit 25 Jahren die Beleuchtung des Weihnachtsbaumes auf dem Marktplatz garantiert.

## **TOP 7 Einwohnerfragestunde**

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

## **TOP 8 Behandlung der Tagesordnung des öffentlichen Teils der Sitzung**

### **TOP 8.1 Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Informationstafel Dr. Wilhelm-Külz-Straße 37 entwerfen und aufstellen**

Der Abg. Zänker berichtet, dass es auch 25 Jahre nach der politischen Wende wichtig ist, an die Ereignisse des Jahres 1989 zu erinnern. Mit dem Antrag bzw. dem zusätzlichen Hinweisschild sollen insbesondere auch Menschen geehrt werden, die sich damals engagiert haben und deren Mut es mit ermöglicht hat, in der heutigen Demokratie leben und arbeiten zu können.

Der Abg. Wende gibt zu bedenken, dass die „Stadtrundgänge“ eher ein touristisches Ziel verfolgen, er zählt weder damals noch heute die ehemalige Kreisdienststelle des Ministeriums der Staatssicherheit dazu. Er plädiert dafür, die vorhandene Stele als Erinnerungswerk in den Fordergrund zu rücken und grundsätzlich darüber nachzudenken, welche Orte als „Bildungsstadtrundgang“ definiert werden könnten.

Das Wort wird dem Künstler der Stele, Herrn Friedrich Stachatz, einstimmig erteilt. Er weist auf die Stele als Kunstwerk und nicht als Informationstafel hin und meint, sie sei seinerzeit als Zeichen mit einem Text, der ganz kurz erklärt, was dort im Hause war, installiert worden. An diesem Orte sind wie bei vielen anderen in unserer Stadt Bildung, Geschichte und Tourismus untrennbar miteinander verbunden und deshalb sollte eine entsprechende Informationstafel darauf hinweisen.

Der Abg. Hemmerling spricht über sein persönliches Engagement im Herbst ´89 und

meint, eine Erinnerung an dieser Stelle sei längst überfällig.

Der Abg. Sachse meint, die Informationstafeln weisen auf sehenswerte Bereiche in der Stadt hin. Er beantragt, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die Fachausschüsse zu verweisen, um dort nochmals konzeptionell zu diskutieren.

Der Abg. Sarrach spricht zur Geschäftsordnung. Er meint, die jetzt stattfindende Diskussion ist weder dem Anlass, noch dem historischen Ereignis noch diesem Antrag angemessen. Er bittet, zur Abstimmung zu kommen.

Zunächst wird darüber abgestimmt, den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in die Ausschüsse zu verweisen.

**Zustimmung: 6 Dafür                      24 Nein                      0 Enthaltungen                      0 Befangen**

Anschließend wird über den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abgestimmt, in der Dr. Wilhelm-Külz-Straße 37 eine Hinweistafel aus dem Programm Stadtrundgänge in Fürstenwalde entworfen und aufgestellt werden.

**Zustimmung:    24 Dafür                      0 Nein                      6 Enthaltungen                      0 Befangen**

### **Zustimmung**

#### **TOP 8.2    Antrag der Fraktion DIE LINKE. "Schulsozialarbeit an Grundschulen ab 2015/2016" vom 24.10.2014 - Schreiben und Antrag an den Landkreis Oder-Spree**

Der Abg. Wende spricht für den Antrag seiner Fraktion und geht auf die Kosten für die Schulsozialarbeit ein, die von der Stadt allein nicht zu finanzieren sind. Hier ist vor allem der Landkreis Oder-Spree gefragt. Der Ausschuss für Jugend-, Kultur- und Sozialarbeit hat den Wunsch der Stadt, die Schulsozialarbeit zu sichern, bereits aufgenommen. Ab 2017 sollen entsprechende Stellen eingerichtet werden. Die vorgelegte DS geht einen Schritt weiter, sie fordert bereits ab dem Schuljahr 2015/2016 entsprechende Stellen. Die Anfrage des Abg. Fischer, warum mit städtischen Mitteln auch freie Träger unterstützt werden, die bereits Schulsozialarbeit anbieten, beantwortet Herr Politz mit dem grundlegenden Hinweis, dass die Personalstellen nicht für die freien Träger, sondern bei den freien Trägern für die Stadt Fürstenwalde zur Verfügung gestellt werden.

**Zustimmung    Ja 30    Nein 0    Enthaltung 0    Befangen 0**

#### **TOP 8.3    Beschluss über die Ehrung mit dem Preis für soziales Engagement**

Der Abg. Rudolph weist darauf hin, dass der Vorschlag zur Ehrung auf der Grundlage der Satzung über die Ehrung besonderer Personen und Verdienste um die Stadt Fürstenwalde/Spree erfolgt und dass die Stadtverordnetenversammlung den entsprechenden Beschluss fassen bzw. den des Fachausschusses formal bestätigen muss. Dem Hinweis wird gefolgt.

Der Preis für soziales Engagement 2014 soll an den Jugendclub Nord verliehen werden.

**Zustimmung    Ja 30    Nein 0    Enthaltung 0    Befangen 0**

#### **TOP 8.4    Antrag zur Realisierung kostenfreier Schwimmkurse für Kinder**

Weil der ursprünglich gefasste Beschluss ab Satz 2 (in den jeweiligen Schulkonferenzen zu beantragen, dass der ...) nicht realisierbar ist, wird der Antrag modifiziert und zur Abstimmung gebracht.

Er lautet:

Die Stadt Fürstenwalde/Spree wird beauftragt, ab dem Jahr 2015 für Fürstenwalder Kinder im Alter zwischen 5 und 7 Jahren kostenfreie Schwimmkurse in angemessenem Umfang anzubieten und ab dem Haushaltsjahr 2015 die entsprechenden Mittel bereit zu stellen.

Auf Nachfrage der Abg. Wagner erläutert die Verwaltung, dass im Schulgesetz verankert ist, welche Kompetenzen und Aufgaben die Schulkonferenz hat. Es gibt einen Punkt, den man auslegen könnte, als ob die Schulkonferenz für das Schulschwimmen zuständig sei. Nachfragen haben dies jedoch nicht bestätigt. Gemeint sind ausschließlich Abweichungen von der Stundentafel (variable und Förderstunden) gemeint. Der Rahmenlehrplan kann nicht verändert werden.

**Zustimmung Ja 27 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0**

### **TOP 8.5 Beschluss einer neuen Hauptsatzung**

Die CDU-Fraktion beantragt eine kurze Beratungspause. Die Sitzung wird für 5 Minuten unterbrochen.

Es liegt ein Antrag der Fraktion DIE LINKE. vor, den der Abg. Sachse noch einmal erläutert. Er greift die Korrekturhinweise der Kommunalaufsicht auf und trägt einige Änderungsvorschläge vor. Zum einen sollen die Beiräte (§ 6, Abs. 2) zu allen Drucksachen/Anträgen beteiligt werden, die in ihren Aufgabenbereich fallen. Zum anderen soll die STVV über Geschäfte von Vermögensgegenständen entscheiden, sofern der Wert 250.000 € überschritten wird (§ 10). Des Weiteren soll der Abs. 2 im § 11 Geschäfte der laufenden Verwaltung entfallen und als Wertgrenze für Geschäfte der laufenden Verwaltung sollen 75.000 € festgehalten werden.

Die BFZ-Fraktion formuliert folgenden Antrag: § 11 soll lauten – Als Wertgrenze für Geschäfte der laufenden Verwaltung sollen 50.000 € gelten.

Der Abg. Sarrach meint, dass in der Hauptsatzungsdiskussion in eigener Hoheit zunächst alles angesprochen werden könne. Für die Beiräte beantragt er, den Begriff Beratungsgegenstände zu verwenden.

Die Abg. Fiedler gibt den Hinweis auf § 19 (3) der BbgKVerf, in dem ohnehin geregelt ist, dass den Beiräten Gelegenheit zu geben ist, zu Maßnahmen und Beschlüssen, die Auswirkungen auf ihren Aufgabenbereich haben, Stellung zu nehmen. Außerdem berichtet sie über einen Änderungsvorschlag des Integrationsbeirates, der lautet: den Beiräten sind alle Beratungsdrucksachen rechtzeitig zur Beschlussfassung zur Verfügung zu stellen. Ihnen ist sowohl im Rahmen der Behandlung in den Ausschüssen, als auch schriftlich die Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.

Nach ausgiebiger Diskussion wird über folgende Änderungen abgestimmt:

1. § 6 (2) Satz 1: Die Beiräte sind zu allen Beratungsgegenständen zu beteiligen, die in ihren

Aufgabenbereich fallen.

**Abstimmung:**  
**0**

**Ja 29**

**Nein 0**

**Enthaltungen 0**

**Befangen**

2. § 10 Die Stadtverordnetenversammlung entscheidet über Geschäfte

von

Vermögensgegenständen der Stadt, sofern der Wert 250.000 € überschreitet.

**Abstimmung:**                      **Ja 11**            **Nein 8**                      **Enthaltungen 3**            **Befangen 0**

3. § 11                      Für Geschäfte der laufenden Verwaltung gilt die Wertgrenze von 50.000 €.

**Abstimmung:**                      **mehrheitlich Nein**                      **Enthaltungen 1**

4. § 11                      Für Geschäfte der laufenden Verwaltung gilt die Wertgrenze von 75.000 €.

**Abstimmung:**                      **Ja 24**            **Nein 5**                      **Enthaltungen 0**            **Befangen 0**

Abschließend wird über die Hauptsatzung in Gänze abgestimmt.

**Zustimmung Ja 25 Nein 0 Enthaltung 4 Befangen 0**

### **TOP 8.6 Benennung der Mitglieder in den Fachausschüssen durch die Fraktionen**

In einer ausgiebigen Diskussion darüber, ob in der heutigen Sitzung eine Benennung durch die Fraktionen erfolgen kann, vertritt der Abg. Sachse die Auffassung, dass § 43 (6) anzuwenden ist. Demzufolge müssten auf Antrag einer Fraktion die Ausschüsse aufgelöst, neu- oder umgebildet werden. Er stellt den Antrag, dies zur nächsten Sitzung der STVV ordnungsgemäß vorzubereiten.

**Zustimmung: Ja 12            Nein 15            Enthaltungen 0            Befangen 0**

Die Fraktionen benennen die Ausschussmitglieder wie folgt:

Stadtentwicklungsausschuss

Fraktion DIE LINKE.    Stephan Wende (Vors.) , Rene Benz  
CDU-Fraktion            Rolf Hilke, Jens Hoffrichter  
BFZ-Fraktion            Thomas Fischer, Kai Hamacher  
SPD-Fraktion            Klaus Hemmerling, Jürgen Luban  
FDP-Fraktion            Lutz König  
AfD-Fraktion            Lars Aulich  
Bündnis 90 /Die Gr.    Peter Apitz

Ausschuss für Kultur, Soziales und Gleichstellungsfragen

Fraktion DIE LINKE    Monika Fiedler, Janett Seiler  
CDU-Fraktion            Karin Lehmann (Vors.), Jürgen Teichmann  
BFZ-Fraktion            Christina Krüger, Anja Miethke  
SPD-Fraktion            Katja Dost, Elke Wagner  
FDP-Fraktion            Eberhard Henkel  
AfD-Fraktion            Lars Aulich  
Bündnis 90/Die Gr.    Jens-Olaf Zänker

Ausschuss für Rechnungsprüfung

Fraktion DIE LINKE    Martin Gollmer, Gerold Sachse  
CDU-Fraktion            Jens Hoffrichter, Uwe Koch  
BFZ                        Thomas Fischer, Matthias Rudolph

SPD Sebastian Rausch (Vors.), Stefan Sarrach  
FDP Reinhard Ksink  
AfD Ulrich Anke  
Bündnis 90/Die Gr. Peter Apitz

**TOP 8.7 Wirtschaftsplan 2015 Stadtforst Fürstenwalde - Kommunalen Eigenbetrieb 6/060**

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlungen beschließen den anliegenden Wirtschaftsplan 2015 für den Stadtforst Fürstenwalde – Kommunalen Eigenbetrieb.

**Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.8 Entsendung eines Aufsichtsratsmitgliedes in die Medizinische Einrichtungsgesellschaft Fürstenwalde/Spree mit beschränkter Haftung (MEG) 6/067**

**Zurückstellung**

**TOP 8.9 Änderung der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an freie Träger für die Förderung im Rahmen der sozialen Daseinsvorsorge und der Integration der Stadt Fürstenwalde/Spree 6/069**

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

**Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die in der Anlage zu dieser Drucksache aufgeführte geänderte Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen an freie Träger für die Förderung im Rahmen der sozialen Daseinsvorsorge und der Integration der Stadt Fürstenwalde/Spree.

**Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.10 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung von Straßen der Stadt Fürstenwalde/Spree und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 13.12.2013 (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) 6/057**

Der Abg. Hemmerling moniert und stellt fest, dass jetzt eine Gebührensteigerung um 49,3 % vorgesehen ist. Er wird dieser Drucksache keine Zustimmung geben. Der Bürgermeister stellt richtig, dass die tatsächlichen Kosten in die Gebührenkalkulation einfließen, wobei 25 % der Kosten der Straßenreinigung von der Stadt zu tragen sind, d.h. dass max. 75 % umgelegt werden. Mit der Abrechnung für das Jahr 2015 wird günstigenfalls ein Überschuss erwirtschaftet, der dann in die Gebührenkalkulation für 2016 einfließt.



In der anschließenden Diskussion werden die Fragen der Mehreinnahme zur Deckung des Defizits zum Frühlingsfest, mögliche Einsparpotentiale durch eine Neuausschreibung und die Bedeutung der Einführung des Mindestlohnes erläutert.

**Beschluss:**

Die der Drucksache beiliegende 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Reinigung von Straßen der Stadt Fürstenwalde/Spree und Erhebung von Straßenreinigungsgebühren vom 13. 12.2013 (Straßenreinigungs- und Gebührensatzung) wird beschlossen.

**Zustimmung Ja 25 Nein 2 Enthaltung 1 Befangen 0**

**TOP 8.11 Preisanpassung für die Verpflegung in Kindertagesstätten und Schulen 6/070**

Herr Politz beantwortet die Anfragen der Abg. Miethke, in dem er auf den Vertrag mit dem Anbieter verweist. Dort ist festgelegt, dass bei Preisveränderungen Einvernehmen zwischen der Stadt Fürstenwalde/Spree und der Firma herzustellen ist. Sollte der Beratungsdrucksache nicht zugestimmt werden können, dann greift für den Anbieter ein außerordentliches Kündigungsrecht.

Der Abg. Wende erläutert, dass die Fraktion DIE LINKE der Drucksache keine Zustimmung geben wird, denn sie will die Möglichkeit nutzen, dass die Stadt ihren Zuschuss zum Kita- und Schulesen erhöht. Abg. Wende bedauert, dass Fürstenwalde nicht die Chance genutzt hat, um nachzusteuern und über eine Neuausschreibung die Standards und das Konzept neu zu verhandeln.

Herr Politz verteidigt die Verwaltungsposition, von einer Neuausschreibung abzusehen. Alle Anbieter sind aufgrund der Tarifanpassung gezwungen ihre Preise anzupassen. Für Konzessionsverträge, wie die Stadt ihn geschlossen hat, sind Spannen von 5 bis 6 Jahren üblich. Es wird erwartet, dass das Essen in Fürstenwalde hergestellt wird, der Anbieter Geschirr und eine eigene Küche vorhält. Damit sind Aufwendungen verbunden, die über das normale Maß eines Dienstleistungsvertrages hinausgehen. Als Qualitätskriterium gilt der Bundesstandard der Deutschen Gesellschaft für Ernährung. All diese Dinge würden auch bei einer Neuausschreibung gefordert, so dass sich die Entscheidung allein über den Preis definieren würde.

**Beschluss:**

Dem Preisanpassungsbegehren der Dussmann Service Deutschland GmbH für Schulen und Kitas sowie der kalkulierten Preise wird grundsätzlich zugestimmt. Ab dem 01.01.2015 wird zu folgenden Brutto-Preisen als Elternanteil zur Verpflegung Einvernehmen erklärt:

Mittagessen für Schulkinder 1. – 6. Klasse	<b>1,96 €/Portion</b>
Mittagessen in Kitas	<b>1,70 €/Portion</b>
Frühstück bzw. Vesper in Kitas	<b>0,86 €/Portion</b>

Pro nachgewiesen verkaufter Mittagsportion in Kitas in städtischer Trägerschaft ist der Dussmann Service Deutschland GmbH ein Zuschuss von **0,17 €** zu zahlen.

**Zustimmung Ja 16 Nein 11 Enthaltung 0 Befangen 0**

## **TOP 8.12 Antrag zur Finanzierung Fürstenwalder Frühlingsfest 2014**

**6/071**

Die BFZ-Fraktion erklärt, dass sie der DS nicht zustimmen wird, da ihr die Benennung von Verantwortlichkeiten für das Defizit fehlt.

Der Abg. Wende stellt namens der Fraktion DIE LINKE. den Antrag, diese Beratungsdrucksache in die Verwaltung rückzuverweisen, damit eine Auflistung der konkreten Einnahmen und Ausgaben erstellt und in der nächsten STVV mit vorgelegt werden kann.

Diesem **Antrag** wird **einstimmig** bei **4 Enthaltungen** entsprochen.

### **Zurückstellung**

## **TOP 8.13 Überplanmäßige Auszahlung Jugendgästehaus**

**6/062**

In seinen Erläuterungen geht der Bürgermeister auf die drei verschiedenen Finanzierungssysteme ein. Die Erhöhung der Kosten wird nicht über einen einmaligen Zuschuss des Landkreises oder über einen Kredit abgedeckt. Sie finden sich in Form von Abschreibungen und Verzinsung in den laufenden Betriebskosten und der Abrechnung mit dem Landkreis wieder. So wie z.B. die Kosten für Heizung, für Personal und für die Straßenreinigung abgerechnet werden, so werden auch die kalkulatorischen Kosten abgerechnet. Über diesen Weg finanziert der Landkreis die Mehrkosten in voller Höhe.

### **Beschluss:**

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt eine überplanmäßige Auszahlung gemäß § 5 der Haushaltssatzung 2014 zur Finanzierung des Bauvorhabens „Jugendgästehaus“

in Höhe von 151 T€.

**Zustimmung Ja 23 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0**

## **TOP 8.14 Finanzierung Hortneubau**

**6/064**

In ausgiebiger Diskussion werden Anmerkungen und Fragen thematisiert (Nichtausgabe geplanter investiver Mittel zum Jahresende für zum Jahresbeginn noch nicht konkret bekannte Maßnahmen, Verschiebungen im Laufe des Jahres, Chance eines Förderprogramms für den Hortneubau bzw. andere Finanzierungsquellen, Berücksichtigung in der Haushaltsdebatte 2015, Zuschuss für den Wiederaufbau der Schießhalle, weil noch keine Einigung mit der Versicherung erfolgte, Anträge zur Finanzierung über den Ausgleichsstock) und die Informationsdrucksache zur Kenntnis genommen.

### **Kenntnisnahme**

## **TOP 8.15 4. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 13 "Gewerbe- und Industriegebiet ehem. Pintsch" hier: Satzungsbeschluss**

**6/065**

Es besteht kein Erläuterungs- und Diskussionsbedarf.

### **Beschluss:**

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der Beteiligung der Öffentlichkeit keine Stellungnahmen abgegeben wurden. Es wird zur Kenntnis genommen,

dass während der Beteiligung der Behörden, sonstiger Träger öffentlicher Belange und der Nachbargemeinden ausschließlich Stellungnahmen ohne abwägungsrelevante Sachverhalte eingegangen sind. Eine Abwägung ist nicht erforderlich.

2. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt auf der Grundlage der §§ 3 und 28 Abs. 2 Ziff. 9 Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 286), zuletzt geändert durch Gesetz vom 16.05.2013 (GVBl. I S. 17), in Verbindung mit § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Gesetz vom 20.11.2014 (BGBl. I S.1748), die 4. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 13 „Gewerbe- und Industriegebiet ehem. Pintsch“, bestehend aus textlichen Festsetzungen (Teil A), als Satzung. Die Begründung (Teil B) wird gebilligt.

**Zustimmung Ja 23 Nein 4 Enthaltung 1 Befangen 0**

**TOP 8.16 2. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 22 "Bahnübergang J.-S.- Bach-Straße" hier: Satzungsbeschluss 6/066**

Der Abg. Wende beantragt namens des Fachausschusses, die Beratungsdrucksache in den Ausschuss rückzuverweisen, da erst zu Beginn der Sitzung umfangreiche neue Informationen eines Bürgers vorlagen.

Diesem **Antrag** wird **einstimmig bei 1 Enthaltung** entsprochen.

**Zurückstellung**

**TOP 8.17 5. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 16 "Neue Gartenstraße" hier: Einleitungsbeschluss zur Änderung 6/068**

Es besteht kein Erläuterungs- oder Diskussionsbedarf.

**Beschluss:**

1. Die Stadtverordnetenversammlung beschließt gemäß § 2 Abs. 1 und § 1 Abs. 8 BauGB die Einleitung der 5. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 16 „Neue Gartenstraße“.
2. Die 5. Änderung soll im vereinfachten Verfahren gemäß § 13 BauGB durchgeführt werden.

**Zustimmung Ja 28 Nein 0 Enthaltung 0 Befangen 0**

**TOP 8.18 Bestätigung des Sitzungsplanes 2015**

**Zustimmung Ja 23 Nein 0 Enthaltung 5 Befangen 0**

**TOP 9 Informationen der Verwaltung**

Es liegen keine Informationen der Verwaltung vor.

## **TOP 10    Behandlung von Anfragen von Mitgliedern der Stadtverordnetenversammlung**

Abg. Hilke bezieht sich auf einen MOZ-Artikel, nach dem die ehem. Kaufhalle an der Beeskower Chaussee zum Mindestgebot von 27.000 € ersteigert wurde und fragt, ob sie sich nunmehr im Eigentum der Stadt oder einer städtischen Gesellschaft befindet. Der Bürgermeister verneint diese Frage und berichtet, dass der Käufer leider noch nicht bekannt ist. Sobald entsprechende Informationen vorliegen, wird er diese weitergeben.

Abg. Sarrach gibt den Hinweis, dass im Straßenbereich Waldemarstraße, Kreuzungsbereich August-Bebel-Straße (Bushaltestelle Goethestraße) kein Bürgersteig vorhanden ist und vor allem Kinder und ältere Anwohner auf dem Weg zur Bushaltestelle die Fahrbahn nutzen müssen. Der direkt zur Bushaltestelle führende Durchgang ist mit Bauzäunen verstellt, ohne dass dort Bauarbeiten stattfinden. Die Verwaltung nimmt den Hinweis auf und wird ihn prüfen.

Abg. Hamacher bezieht sich auf die AG Frühlingsfest und findet es befremdlich, dass dort beschlossen wurde, keine Protokolle mehr zu veröffentlichen, wo doch mehr Bürgerbeteiligung erfolgen soll. Weiterhin fragt er, ob die AG tatsächlich beschließen kann, wie das Frühlingsfest künftig heißen soll und warum zu diesem Thema erst wieder im April getagt wird.

Die Abg. Wagner berichtet, dass die AG Frühlingsfest beschlossen hat, eine interne, geschlossene Sitzungsgruppe zu sein. „Wir müssen uns mit Namen und Fakten usw. befassen und das gehört nicht in das Protokoll. Wir wollen auch nicht, dass Aussagen, Beratungen und unterschiedliche Meinungsäußerungen hinterher in Facebook diskutiert werden. Das schadet dem Ansinnen und dem Überraschungseffekt. Deswegen werden nur noch Beschlussprotokoll gefertigt, die nur an die AG-Mitglieder verteilt werden und als nicht öffentlich zu werten sind. Dass die AG erst wieder im April tagt hat den Grund, dass es ein Gestalterteam aus 30 Mitgliedern gibt, das mittlerweile auch getagt hat. Dieses Gestalterteam hat jetzt erst Arbeitsaufträge zu erledigen und wenn diese abgearbeitet sind, tagt die AG wieder. Die Funktion der AG ist konzeptioneller Art und nicht arbeitsinhaltlicher Art“.

Der Abg. Rudolph beantragt zu dieser Passage die wörtliche Wiedergabe im Protokoll. Der Abg. Hamacher meint, die AG sei von der STVV eingesetzt worden, worauf die Abg. Wagner erwidert, dass die AG sich aus Mitgliedern der einzelnen Fraktionen zusammensetzt. Abg. Fischer fragt, warum ein informelles Gremium etwas beschließen kann und wie das Übermitteln der Informationen an die entsprechenden Gremien der STVV erfolgt. Abg. Wagner berichtet, dass die AG ein Konzept erstellen wird, welches über den Fachausschuss an die STVV gegeben wird.

Der Abg. Fischer fragt, warum diese Aufgabe dann nicht von vornherein der Fachausschuss übernimmt und welche Aufgaben die Verwaltung für das Frühlingsfest wahrnimmt.

Der Abg. Hilke beantragt, diese Diskussion zu verlassen. Er vertritt die Auffassung, dass es sich bei der AG Frühlingsfest um eine private Initiative handelt, die in der STVV in dieser Form nicht zu diskutieren ist.

Der Abg. Anke gibt den Hinweis, dass der Ampelhebel am Kreisel Richtung Neuendorf durch Rollstuhlfahrer nicht zu erreichen ist.

Die Verwaltung nimmt den Hinweis auf und wird ihn in der nächsten Sitzung beantworten.

Abg. Miethke äußert ihren Unmut über die Streichung der Tagesordnungspunkte zur Geschäftsordnung und zur Beteiligungssatzung. Sie fragt, welche Aufgabe und welchen Sinn die Arbeitsgruppe dann überhaupt hat.

#### **TOP 11 Beendigung des öffentlichen Teils der Sitzung**

Die öffentliche Sitzung wird geschlossen. Die Niederschrift umfasst ... Seiten.

Jürgen Teichmann

Franka Koch

---

Vorsitzender

---

Schriftführerin